

Leitwort

Eine Seele ohne Fantasie ist wie eine Sternennote ohne Teleskop.

Henry Ward Beecher

Heute

Verklärung des Herrn, Hermann

Morgen

Xystus I., Kajetan, Donatus

Historisches Kalenderblatt

Am 6. August 1945 wurde zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit eine Atombombe im Krieg eingesetzt. Die japanische Stadt Hiroshima war Ziel dieser Atombombe, abgeworfen von den Amerikanern. Drei Tage später erfolgte der zweite Atombombeneinsatz auf Nagasaki traf. Mehr als 120 000 Menschen verbrannten bei lebendigem Leib. In den folgenden fünf Jahren starben mehr als 200 000 Menschen an den Folgen der radioaktiven Strahlung.

Kaum Verbesserung erwartet

Bürger pessimistisch beim Gesundheitssystem

BERLIN (epd) Die Mehrheit der Bundesbürger und der Ärzte befürchtet, dass sich die Gesundheitsversorgung in Zukunft deutlich verschlechtern wird. Nach dem gestern in Berlin vorgestellten MLP-Gesundheitsreport erwarten 80 Prozent der Bevölkerung, dass die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung weiter steigen. 41 Prozent haben Sorgen, künftig notwendige Behandlungen wegen des Kostendrucks nicht mehr zu erhalten. 88 Prozent der Ärzte sehen eine Zwei-Klassen-Medizin kommen.

Derzeit beurteilen die Bürger die Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems zwar noch zu 64 Prozent als „gut“ oder „sehr gut“. Zugleich haben aber knapp 60 Prozent eine Verschlechterung der Versorgung in den vergangenen Jahren festgestellt.

Ärzte machen insbesondere Beschränkungen bei Behandlungen und Verschreibungen aus. Fast jeder Zweite bemängelt, er könne sich nicht genügend Zeit für Patienten nehmen. 65 Prozent der Bürger und 81 Prozent der Ärzte sprechen sich für umfassende Reformen des Gesundheitssystems aus.

Die Erwartung, dass die Politik grundlegende Änderungen vorantreibt, ist jedoch gering: Nur 24 Prozent der Bürger und 13 Prozent der Ärzte rechnen mit einer Umsetzung nach der Wahl. Von der Gesundheitspolitik insgesamt haben 62 Prozent der Bevölkerung und 87 Prozent der Ärzte „keinen guten Eindruck“.

Die Ärzteschaft sei derzeit „außerordentlich negativ gestimmt“, fasste Renate Köcher vom Allensbacher Institut zusammen. 67 Prozent rechneten damit, dass künftig in ihrer Region Ärztemangel herrsche. 55 Prozent würden jungen Medizinern in der Ausbildung von einer Niederlassung abraten (2008: 50 Prozent).

Die eigene wirtschaftliche Lage bewerteten zwar 73 Prozent als „gut“ oder „sehr gut“. 64 Prozent rechneten jedoch mit einer Verschlechterung in den kommenden Jahren.

Der Vizepräsident der Bundesärztekammer, Frank Ulrich Montgomery, sagte, in Bevölkerung und Ärzteschaft herrsche tiefe Verunsicherung über die Qualität der Gesundheitspolitik. Umso schlimmer sei, dass man der Politik auch keine Besserung zutraue. Dies sei „ein vernichtendes Urteil der Bürger und Wähler über ein Kernelement großkoalitionärer Politik“.

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) sprach sich für eine Bürgerversicherung aus. Die Ergebnisse der Umfrage bestätigten, dass der Solidargedanke und der Wunsch nach einem umfassenden Krankenversicherungsschutz weit verbreitet seien.

Kooperation mit afrikanischen Forschern

Deutsch-kongolische Partnerschaft als Modellfall

Das Gespräch führte EVA-MARIA VOGEL

Kooperationen mit afrikanischen Forschern bündeln, stärken und ausbauen: Diesem Anliegen widmet sich der 2006 an der Universität Würzburg gegründete Afrikakreis. Zu den Schwerpunkten zählt die Zusammenarbeit mit der Universität in Kinshasa. Der Sprecher des Afrikakreises, Professor Dr. Gerhard Bringmann, wird dieses Wochenende auf der Tagung der panafrikanischen Naturstoffchemie-Vereinigung NATURECA in Kinshasa die deutsch-kongolische Partnerschaft als ein mögliches Modell für andere Universitäten vorstellen. Im Interview mit unserer Zeitung erläutert er, wie sich die Zusammenarbeit auswirkt.

FRAGE: Herr Professor Bringmann, warum ist der Kongo so interessant für Ihre Forschungsarbeit?

GERHARD BRINGMANN: Der tropische Regenwald des Kongo mit seiner immensen Vielfalt an Pflanzen und damit auch an chemischen Substanzen ist eine wahre Fundgrube für den Naturstoffchemiker. Im Kampf ums Überleben schützen sich die Pflanzen oft mit den raffiniertesten chemischen Mitteln gegen Fressfeinde. So birgt insbesondere das Kongobecken mit seiner reichhaltigen Pflanzenwelt ein großes Potenzial für neue Wirkstoffe und potenzielle Medikamente.

Sind Sie auch schon fündig geworden?

BRINGMANN: Im tropischen Regenwald des Kongo gelang in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern der Universität Kinshasa die Entdeckung neuer Pflanzenarten aus der Familie der „Hakenast“-Gewächse (wissenschaftlich Ancistrocladaceae). Aus diesen Lianen und aus den verwandten „Zwei-Kralenblatt“-Gewächsen (Dioncophyllaceae), die sich mit ihren Haken an den mächtigen Urwaldriesen hochranken und nur schwer zugänglich sind, haben wir Wirkstoffe extrahiert, die die Basis für ein neues Malaria-Medikament werden könnten.

Welchen Beitrag leistet die Universität Würzburg?

BRINGMANN: Das Potenzial von Dioncophyllin C und verwandten neuen Wirkstoffen wird an der Uni Würzburg im Rahmen des Sonderforschungsbereichs (SFB) 630 „Erkennung, Gewinnung, und funktionale Analyse von Wirkstoffen gegen Infektionskrankheiten“ untersucht. Beteiligt sind die Fakultäten für Chemie und Pharmazie, Biologie, Medizin sowie Physik und Astronomie.

Warum ist es so wichtig, neue Medikamente gegen Malaria zu entwickeln?

BRINGMANN: Die Malaria, in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts bereits zurückgedrängt, kehrt nun mit Macht zurück. Die Weltgesundheitsorganisation WHO geht in ihren Schätzungen davon aus, dass jedes Jahr 500 Millionen Menschen an Malaria erkranken und mindestens eine Million daran sterben. Dabei entfallen 70 Prozent aller Erkrankungen und 90 Prozent der Todesfälle auf Afrika – vor allem kleine Kinder sterben daran.

Worauf führt die WHO dies zurück?

BRINGMANN: Die erneute Ausbreitung der Krankheit wird insbesondere auf die Zunahme von Resistenzen gegen die gängigen Medikamente zurückgeführt. Eine Hauptursache ist aber auch die ungenügende Therapie – oftmals mit gefälschten und nicht wirksamen Medikamenten.

Wo bleibt hier das Engagement der Pharmaindustrie?

BRINGMANN: Obwohl es ein drängendes Ziel ist, neue Mittel gegen die Malaria, die schlimmste aller Tropenkrankheiten, zu finden, hält sich die Pharmaindustrie zurück. Ihr sind die Entwicklungskosten zu hoch, um langfristig neue „Anti-Infektiva“ zu entwickeln. Denn mit den Patienten in den ärmsten Ländern der Welt ist kaum Gewinn zu machen. Deswegen besteht bei der WHO ein besonderes Interesse, dass auch durch akademische Grundlagenforschung



Professor Dr. Gerhard Bringmann (links) diskutiert mit den Doktoranden Daniel Götz und Barbara Hertlein im Zellkulturraum des Würzburger Chemie-Gebäudes die Gewinnung von Wirkstoffen aus pflanzlichen Zellkulturen. FOTO VOGEL

neue Erkenntnisse gewonnen werden.

Da springt also die universitäre Forschung ein. Wie wird dies finanziert?

BRINGMANN: Wir haben anfangs finanzielle Mittel beispielsweise von der WHO erhalten. Seit 2003 haben wir an der Uni Würzburg den oben genannten interdisziplinären SFB 630, dessen Sprecher ich bin. Dieser SFB wird von der DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft) großzügig gefördert. Ziel des SFB ist es, neue antiinfektive Substanzen zur Therapie von Infektionskrankheiten zu gewinnen, chemisch zu charakterisieren und in Richtung auf neue Medikamente weiterzuentwickeln. Ich selbst arbeite im SFB eng mit Virima Mudogo und Dibungi Kalenda, zwei Wissenschaftlern der Universität Kinshasa, zusammen.

Zeigen die aus den Lianen des Urwalds gewonnenen Substanzen bereits Wirkung?

BRINGMANN: Wirkstoffe wie Dioncophyllin C erweisen sich als wirksam gegen den Erreger der schweren Malaria tropica, und zwar nicht nur bei isolierten Reinkulturen in vitro (also im „Reagenzglas“), sondern zum Teil auch bei befallenen Organismen: So konnten Malaria-infizierte Mäuse geheilt werden.

Worin besteht die weitere wissenschaftliche Arbeit?

BRINGMANN: Bisher haben wir vor allem daran gearbeitet, den neuen Wirkstoff in Reinsubstanz zu extrahieren und seine Struktur zu identifizieren, um ihn chemisch nachzubauen zu können. Nun geht es darum, ihn weiter zu optimieren. Für die klinische Anwendung ist er noch nicht potent genug. Wir müssen verwandte, aber bessere und zugleich weniger giftige Wirkstoffe finden – beispielsweise durch die Abwandlung der Struktur des Naturstoffs, aber auch durch Isolierung ähnlicher Substanzen aus verwandten anderen Pflanzenarten.

Ist die Wirksamkeit solcher Naturstoffe auf den Malaria-Erreger beschränkt?

BRINGMANN: Nein. Strukturell verwandte Substanzen zeigen zudem starke Wirksamkeiten gegen die Erreger der Tropenkrankheit Leishmaniose und der tödlichen afrikanischen Schlafkrankheit. Für ähnliche Wirkstoffe ist übrigens den Universitäten in Kinshasa und Würzburg bereits ein gemeinsames Patent erteilt worden.

Wie gestaltet sich insgesamt die Suche nach neuen Wirkstoffen?

BRINGMANN: Eine gute Quelle sehe ich in den althergebrachten Heilmitteln der Volksmedizin, wie sie in Afrika die Medizinmänner verabreichen. Gute Hinweise auf Wirkstoffe erhält man aber auch durch die Beobachtung von Menschenaffen wie z.B. Bonobos, die nur im kongolischen Regenwald beheimatet sind. Sie sind die nächsten Verwandten des Menschen – noch näher als die Schimpansen. Sie behandeln bei-

spielsweise Verwundungen und Infektionskrankheiten mit bestimmten Pflanzen und fressen bei Wurmerkrankungen spezielle Blätter. Daher lohnt es, die Wirkstoffe dieser Pflanzen zu analysieren.

Wie unterstützen Sie die Weiterentwicklung der Universität Kinshasa?

BRINGMANN: Seit Abschluss des Kooperationsvertrages (2003) zwischen den Universitäten in Würzburg und Kinshasa veranstalten wir gemeinsame Tagungen, Vorlesungen und Seminare. Meine Spendenaktion erbrachte über 40 Tonnen Fachbücher und -zeitschriften – als Grundstock für die wieder aufzubauende Bibliothek in Kinshasa.

Ihr jüngstes Kind ist der „Förderverein Uni Kinshasa“. Was wollen Sie damit erreichen?

BRINGMANN: Die einstmalige exzellente Universität Kinshasa ist nunmehr in einen Teufelskreis von Überalterung und sinkender wissenschaftlicher Qualität geraten. Auch die schwierige wirtschaftliche und politische Situation erschwert Forschung und Studium, so dass es kaum wissenschaftlichen Nachwuchs gibt. Der Förderverein unterstützt darum junge exzellente Studenten der Uni Kinshasa mit einem Stipendien- und Förderprogramm, das ihnen ein zügiges Studium ermöglicht. Vor allem soll es helfen, im internationalen Wettbewerb um Stipendien für ein weiterführendes Studium im Ausland erfolgreich zu sein. Das brauchen sie nämlich, um danach eine akademische Karriere in Kinshasa anzustreben.

Zur Person

Gerhard Bringmann studierte Chemie und Biologie in Gießen und Münster. Seit 1987 ist er Inhaber des Lehrstuhls Organische Chemie 1 an der Universität Würzburg – lange Zeit jüngster Chemie-Professor in Deutschland. Bringmann ist Vertrauensdozent der Deutschen Forschungsgemeinschaft an der Uni Würzburg. Als einer der ersten Dozenten erhielt er 1999 den „Preis für gute Lehre“ des Freistaates Bayern. 2006 erhielt er die Adolf-Windaus-Medaille und die Ehrendoktorwürde der Uni Kinshasa, 2007 den Paul-Scheuer-Preis sowie 2008 die Ehren-Professur der Universität Peking.

Im Blickpunkt

Weitere Informationen zum Förderverein Uni Kinshasa: www.foerderverein-uni-kinshasa.de Christine Wolf, M.A. Sieboldstraße 12 97218 Gerbrunn Telefon: 0931/707381 E-Mail: ch.wolf@mail.uni-wuerzburg.de Bankverbindung: Förderverein Uni Kinshasa e.V. Konto-Nr. 3010309 Liga Bank Bankleitzahl 75090300 Informationen zum Afrikakreis: www.afrikakreis.uni-wuerzburg.de

Kommentar

Muskeln statt Moneten

Lösegeld für somalische Piraten ist keine Lösung

Von MANFRED SCHWEIDLER

Wie man pragmatisch mit Piraten umgeht, schildert Bert Brecht in der „Seeräuber-Anekdote“ seines Werkes „Die Geschäfte des Herrn Julius Caesar“: Der von Piraten entführte junge Caesar langweilt sich – während man auf sein Lösegeld wartet – schrecklich bei den Piraten. Die wissen seine Kulturviertel nicht zu würdigen. Da droht der Gefangene wütend, er werde sie jagen und kreuzigen. Die Verbrecher quittieren das mit höhnischem Lachen.

Cäsar zahlt Lösegeld, leihet sich noch mehr Geld für Schiffe und Soldaten, fängt die Piraten und lässt sie hinrichten. Ob dies als Vorbild dafür taugt, wie wir heute mit Lösegeld-Forderungen somalischer Piraten umgehen sollten?

Im jüngsten Fall hat die deutsche Reederei gerade 2,7 Millionen Euro Lösegeld für die Freilassung des Frachtschiffes „Hansa Stavanger“ gezahlt. Aus sicherer Entfernung kritisieren Sicherheitsexperten wie der CSU-Politiker Hans-Peter Uhl dies nun wohlfeil als Scheckbuch-Diplomatie, die sie verbieten wollen.

Die Geiseln und ihre Angehörigen werden das anders sehen. Aber nun, wo sie frei sind, fragt man sich: Sind die Kriegsschiffe, die am Horn von Afrika die Seewege sichern sollen, nur zahnlose Seelöwen?

Die Nachkriegsgeschichte ist voller Beispiele, bei denen der Staat zunächst zahlte, um dann bei passender Gelegenheit die Zähne zu zeigen. Heute aber fragt man sich manchmal: Hat der Staat noch Zähne oder liegen seine „Dritten“ gerade im „Kukident“-Bad, wenn er sie am nötigsten bräuchte?

Der pragmatische Helmut Schmidt ließ 1977 den somalischen Diktator Siad Barre bestechen, damit die GSG-9 das entführte Luft-hansa-Flugzeug „Landshtut“ mit den Geiseln in Mogadischu stürmen durfte. Ebenso unbedenklich bot

man inhaftierten RAF-Terroristen eine Million Mark, um das Versteck des entführten Arbeitgeber-Präsidenten Hans-Martin Schleyer zu erfahren. Was ist gegen solchen Pragmatismus zu sagen?

Nichts, wenn entschlossenes Handeln folgt. Alles andere wird als Schwäche ausgelegt – und damit als Einladung, immer weiterzumachen. Also vergessen wir die Geschichte von den armen Fischern vor Somalias Küste, deren Fanggründe von internationalen Konzernen leerge-räubert wurden, weshalb sie nun zur Piraterie gezwungen sind. Die „Seeräuber-Anekdote“ hätte Brecht nicht besser erfinden könnte.

Piraterie ist ein kriminelles Geschäft. Zwischen 2005 und 2008 erhöhte sich nach Schätzungen des Gulf Research Centre in Dubai die Zahl somalischer Piraten von etwa hundert auf etwa tausend. Der Bericht sagt: Es bestehen keine direkten Verbindungen zu somalischen Terroristen oder Islamisten. Vielmehr handelt es sich hier um organisierte Wirtschaftskriminalität – nicht besser als die italienischer Banden der 80er Jahre, die ihr Leben mit Kidnapping wie dem der Kronzucker-Kinder finanzierten.

Wenn man die somalischen Seeräuber ungehindert weitermachen lässt, nehmen sie uns ebenso wenig ernst wie die Piraten in der Antike Julius Cäsar. Sie kaufen vom Lösegeld weiter Waffen und teure Schnellboote von Hintermännern in Kenia, kapern Schiffe oder machen es sich noch einfacher: Eines Tages müssen sie nur noch damit drohen und streichen Geld schon dafür ein, dass sie die Schiffe auf den Seewegen ungehindert passieren lassen. Das heißt dann „Schutzgeld-Erpressung“ und ist uns von der Mafia bekannt.

Die Staatengemeinschaft darf nicht länger glauben, die Piraten mit Geld ruhigstellen zu können. Es wäre an der Zeit, die Muskeln spielen statt immer nur die Moneten springen zu lassen.

Traurig – aber selbst schuld

SPD auf dem Weg in die Opposition

Von WERNER KUNZ

Sie war einmal eine große Volkspartei – die SPD eines Kurt Schumacher, eines Willy Brandt, auch eines Helmut Schmidt. Jetzt kann sich ihr Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier schon mal darin üben, wie einst FDP-Spaßvogel Guido Westerwelle, die 18-Prozent-Marke auf die Schuhsohlen zu malen. Das ist sehr traurig.

Aber jene, die derzeit bei den Sozialdemokraten die schlingende Richtung vorgeben, sind selbst schuld. Steinmeier, Müntefering und Steinbrück haben dafür gesorgt, dass viele Bürger das Vertrauen in die SPD verloren haben. Nur noch ein Drittel von ihnen glaubt, die SPD setze sich für soziale Gerechtigkeit, früher ein sozialdemokratisches Uranliegen, ein. Kein

Wunder, denn weit und breit ist kein scharfes SPD-Kontrastprogramm zu den nach wie vor neoliberalen Vorstellungen der schwarzgelben Krisen-Wegbereiter zu erkennen.

Die der Partei wie der Bevölkerung nicht erklärte, sondern gnadenlos oktroyierte Agenda 2010 des Gerhard Schröder hat die SPD letztlich in ihre heutige Lage manövriert. Und seine Nachfolger ergehen sich immer noch lieber in kleinkarierten persönlichen Scharmützeln mit Oskar Lafontaine, als dass sie mit der Ära des Hannoveraners gebrochen und etwa Hartz IV als das bezeichnet hätten, was es ist: ein sozialer Irrweg. So aber bleibt der SPD nur der wirklich letzte Strohhalm: die Besinnung auf echte sozialdemokratische Tugenden – in der Opposition.

IMPRESSUM

Verlag: Volksblatt-Verlagsgesellschaft mbH, Berner Straße 2, 97084 Würzburg; Postfach 67 29, 97017 Würzburg; ☎ (09 31) 60 01-1 61; Fax 60 01-170. E-Mail: red.volksblatt@mainpost.de Abonnenten-Service: ☎ 0 18 01-567 567* Anzeigen-Service: ☎ 0 18 01-678 678* *(4,5 Cent/Minute aus dem Festnetz der Deutschen Telekom. Preise aus Mobilfunknetzen können davon abweichen) Geschäftsführer: Wilhelm Blum, David Brandstätter (beide Würzburg). Redaktionsleitung Volksblatt: Joachim Staab; Politik und Nachrichten: Joachim Staab; Franken/Bayern: Peter Weidner, Sport: Günther Schwärzer (Ltg.), Achim Muth (Stv.), Hans Strauß (Stv.); Wirtschaft: Michael Deppisch; Kultur/Journal: Wolfgang Keil, Stv. Ralph Heringlechner (Kultur); Bildberichter: Thomas Obermeier, Theresa Müller (alle Würzburg). Redaktionelle Zusammenarbeit mit Mediengruppe Main-Post GmbH Berner Straße 2, 97084 Würzburg. Satz und Druck: Mediengruppe Main-Post GmbH Berner Straße 2, 97084 Würzburg. Erscheint werktäglich. Für Anzeigen gelten unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen und die Preisliste Nr. 58 vom 1. 1. 2009 (Anzeigenstarifgemeinschaft mit Mediengruppe Main-Post GmbH)

Gesamtleitung Media-Verkauf: Matthias Fallner Anzeigenleitung: Peter Kruse, Stv.: Ingrid Hartmann. Vertriebsleitung: Holger Seeger. Zustellung: Main-ZustellService GmbH. Bei Ausfall infolge höherer Gewalt, Arbeitskampf, Verbot oder bei Störungen in der Druckerei bzw. auf dem Versandweg besteht kein Erfüllungs- und Entschädigungsanspruch. Kündigung des Abonnements nur schriftlich beim Verlag mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende. Alle Rechte gem. § 49 UrhG vorbehalten. Es gelten die AGB für Anzeigen und Vertrieb unter mainpost.de. Wir sind der IVW angeschlossen, das bedeutet: geprüfte Auflagenangaben. SERVICETELEFON am Wochenende Anzeigen: (nur dringende Traueranzeigen) Sonntag 14 - 16 Uhr ☎ (09 31) 60 01-4 86 Telefax (09 31) 60 01-4 27 Zustellservice am Samstag, 7 bis 12 Uhr ☎ (0 18 01) 567 567* Abonnementpreis bei Trägerzustellung monatlich 26,40 Euro, im Studentenabonnement monatlich 19,20 Euro inkl. Neun 7,30 Euro. Postbezugspreis monatlich 29,10 Euro, jeweils inkl. MwSt.